Sonderabdruck aus Band II, Heft 4, der
ZEITSCHRIFT FÜR NATIONALÖKONOMIE
Verlag von Julius Springer in Wien und Berlin —

Der Einfluß von Veränderungen des Preisniveaus auf den Grenznutzen des Geldes

Von

Ragnar Frisch, Oslo, z. Z. New Haven, Conn.

In seinem in dieser Zeitschrift, Band I, erschienenen Aufsatz: Das Sparen in der Individualwirtschaft, legt Professor Ricci dar, daß eine Bewegung des Preisniveaus nach oben die Tendenz hat, den Grenznutzen des Geldes für die armen Leute zu senken und für die Bessergestellten zu heben (wenn sich das Nominaleinkommen weder bei den einen noch bei den anderen irgendwie verändert). Er sagt (S. 226): „Wenn alle Preise steigen (was eine Entwertung des Geldes bedeutet), so senkt sich die Kurve des Geldnutzens in einem ersten Abschnitt und in einem zweiten steigt sie an.“ Und er beleuchtet diesen Punkt durch eine Reihe von zahlenmäßigen Beispielen auf Seite 232 in seinem Aufsatz. Diese Auffassung, daß nämlich eine allgemeine Preiserhöhung den Nutzen des Geldes für die Armen senken und für die Bessergestellten heben wird, scheint auch mehr oder weniger von anderen Theoretikern angenommen worden zu sein.

Ich glaube, daß diese Meinung falsch und daß das Gegenteil richtig ist. Ich setzte dies schon ziemlich ausführlich in meinem Aufsatz: Sur un problème d'économie pure[1]) auseinander. Dort gründete sich meine Argumentation nicht nur auf eine abstrakte Überlegung, sondern auch auf einen Versuch, zugleich eine Grenznutzenkurve des Geldes auf der Basis von konkreten statistischen Daten zu konstruieren. Die benützten Daten bezogen sich auf die Mitglieder des Pariser Konsumvereines. Die feste Überzeugung, die ich aus dieser Studie gewann, wurde noch durch die Ergebnisse einer anschließenden Untersuchung wirksam unterstützt, welche kürzlich von Professor Irving Fisher und mir auf Grund von amerikanischem Material gemacht wurde und bald veröffentlicht werden wird.

In dem vorliegenden Aufsatze werde ich sehr kurz zeigen, was meiner Meinung nach die richtige Beziehung zwischen dem Preisniveau und dem Grenznutzen des Geldes ist.

Zunächst scheint es mir, daß schon eine nur vernunftgemäße Überlegung dessen, was fast überall zu Beginn der Periode der Kriegsinflation geschehen ist, zeigt, daß eine allgemeine Erhöhung der Preise den Nutzen des Geldes für die Armen erhöht. Nehmen wir etwa eine norwegische Arbeiterfamilie, die aus Mann, Frau und vier oder fünf Kindern besteht, und denken wir an ihr Leben im Jahre 1915, nachdem die Kriegsinflation schon begonnen hatte, aber bevor irgendeine Lohnerhöhung vorgenommen worden war. Als nun die Inflation in diesem Zeitraum fortschritt, mußte eine solche Familie mehr und mehr von denjenigen Dingen aufgeben, welche ein abwechslungsreiches Nahrungsmittelbudget ausmachen, Fleisch, Gemüse, Butter, Milch, und in einem immer zunehmenden Ausmaß sich billigen und nährenden Dingen, wie Brot und Kartoffeln, zuwenden. 1915 bedeutete eine zusätzliche Krone zwei Brote für das Familiennachtmahl mehr, während

[1]) Norsk Matematisk Forenings Skrifter, Serie 1., Nr. 16. Oslo. 1926.

sie 1913 ein Pfund Schinken mehr bedeutet hatte. Nun scheint es mir sehr unwahrscheinlich zu sein, daß die Familie die Krone, die 1915 für die zwei zusätzlichen Brote gebraucht wurde, niedriger werten sollte als die Krone, die sie 1913 für ein zusätzliches Pfund Schinken gebraucht hatte. Wir können diese Argumentation zu einem sehr einleuchtenden Gedankengang verwenden, indem wir die Frage stellen: Würde nicht die Familie, wenn der Preis des Schinkens 1915 ganz genau der gleiche gewesen wäre wie 1913 (während die anderen Preise gestiegen sind), sich noch immer entschlossen haben, den Schinken aufzugeben oder zumindestens ihren Verbrauch davon einzuschränken? Ich glaube, daß sie so gehandelt hätte; sie mußte es ja einfach tun, wenn sie sich vor dem Verhungern bewahren wollte. Wenn irgendein Zweifel über diese Schlußfolgerung herrschen kann, so muß er meiner Meinung nach nur infolge der Tatsache entstehen, daß eine gewisse Substitutionsmöglichkeit zwischen Schinken und solchen billigen und nahrhaften Dingen wie Brot besteht. Doch diese Tatsache ist immerhin für das Ziel meiner Untersuchung nur ein störender Nebenumstand. Die Schlußfolgerung würde vielleicht noch überzeugender sein, wenn wir z. B. so etwas wie Unterhaltung als Beispiel nehmen. Selbst wenn der Eintrittspreis der Kinos 1915 (vor der Lohnerhöhung) genau so hoch war wie 1913, so wäre unsere Familie dennoch gezwungen gewesen, sich des Kinobesuchs zu enthalten oder wenigstens es seltener zu besuchen. Doch die Tatsache, daß die Familie den Gebrauch eines Gutes aufgibt oder verkürzt, das von anderen Gütern unabhängig ist und dessen Preis sich nicht geändert hat, ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß der Grenznutzen des Geldes (unter der Annahme, daß die Bedürfniskonstitution die gleiche geblieben ist) gesteigert wurde. Nebenbei gesagt, in diesen Umstand haben wir einen viel versprechenden Angriffspunkt für eine statistische Studie des Grenznutzens, auf die ich hoffentlich bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen kann.

Es gibt noch ein anderes Kriterium, das meiner Meinung nach zeigt, daß unsere Familie 1915 eine Krone höher bewertete als 1913. Die gute Hausfrau sieht sich immer nach einem Ort um, wo sie das Brot oder das Fleisch oder die Kartoffeln ein wenig billiger kaufen kann. Sie ist bereit, ein paar Straßen weit zu gehen, wenn sie dadurch 20 Öre sparen kann. Hierfür gibt es aber natürlich eine Grenze; sie wäre nicht bereit, für 20 Öre um die ganze Stadt herumzulaufen. Nun wollen wir folgende Frage stellen: War sie 1915 (vor der Lohnerhöhung) bereit für 20 Öre eine längere Strecke zu gehen und eine schwerere Last zu tragen als 1913? Auch hier kann meiner Meinung nach kein Zweifel über die Antwort bestehen: Sicherlich war sie dazu bereit, und zwar deshalb, weil es, wenn sie es nicht getan hätte, unmöglich gewesen wäre, einen ausreichenden Nahrungsstandard für die Familie aufrechtzuerhalten.

Diese Schlußfolgerungen sind auch in vollkommener Übereinstimmung mit der strengen theoretischen Analyse, zu der ich jetzt übergehe.

Es sei

$$w = \varphi\ (r, P) \tag{1}$$

die Funktion, die angibt, wie der Grenznutzen des Geldes w vom Nominaleinkommen r (das Einkommen in Kronen gemessen) und dem Preisniveau P abhängt. Man muß dabei beachten, daß w der Nutzen von einer Krone, nicht der Nutzen einer realen Kaufkrafteinheit ist. Diese Unterscheidung ist so lange unwesentlich, als wir nur die Veränderung des Grenznutzens des Geldes beim Steigen des Einkommens bei einem konstanten Preisniveau in Betracht ziehen, aber sie wird wesentlich, wenn wir die Veränderung des Preisniveaus in unsere Untersuchung einbeziehen. Ich werde mich nicht in eine Diskussion darüber einlassen, was das „Preisniveau" bedeuten soll, noch werde ich näher in das Problem eingehen, eine genaue Definition des Grenznutzens zu geben. Ich habe in dem früher zitierten Aufsatz, aufbauend auf Fishers bahnbrechendem Werk auf diesem Gebiet, eine axiomatische Formulierung des Nutzens als einer Quantität zu geben versucht und ich hoffe, bald in der Lage zu sein, eine ausführlichere Studie über diesen abstrakten Aspekt des Nutzenproblems zu veröffentlichen. Hier will ich einfach die Existenz einer Funktion wie (1) als quantitativ gegeben annehmen.

Wenn das Preisniveau P mit der Einheit gleichgesetzt wird, erhalten wir eine Funktion mit der einzigen Variablen r. Diese Funktion nennen wir $g(r)$, d. h. wir setzen

$$g(r) = \varphi(r, 1). \tag{2}$$

Die Funktion $g(r)$ drückt die Veränderung des Grenznutzens des Geldes bei Veränderung der Einkommensgröße aus, wenn das Preisniveau konstant gehalten wird.

Es ist interessant zu bemerken, daß das ganze Problem des Grenznutzens in Wirklichkeit nicht ein Problem der Funktion φ mit zwei Variablen ist, sondern nur ein Problem der Funktion g mit einer Variablen. Es ist nämlich möglich, φ durch g auszudrücken. Wir haben einfach

$$\varphi(r, P) = \frac{1}{P} g\left(\frac{r}{P}\right). \tag{3}$$

Diese Gleichung folgt aus der Tatsache, daß wir angenommen haben, der Grenznutzen des Geldes sei nur eine Funktion der beiden Variablen r und P, und daraus, daß die Grenznutzen der konkreten Güter unabhängig von der Wahl der Geldeinheit sind.

Es muß daher in der Tat, wenn die Grenznutzen der konkreten Güter von der benützten Geldeinheit unabhängig sind, der Nutzen des letzten Öres ein Hundertstel des Nutzens der letzten Krone sein. Mit einer Krone kauft man nämlich dasselbe wie mit hundert Ör und sowohl eine Krone als auch ein Öre sind im Vergleich zu dem Gesamteinkommen so klein, daß sie als infinitesimale Zunahmen betrachtet werden können. Wenn jemand behaupten sollte, daß diese Zunahmen nicht infinitesimal sind, so könnten wir an ihrer Stelle zwei fiktive Untereinheiten betrachten, die einem kleinen Bruchteil einer Krone und eines Öres entsprechen.

Wenn es sich so verhält, so sehen wir, daß, wenn alle Preise mit λ multipliziert werden und zur gleichen Zeit das Gesamteinkommen mit λ multipliziert wird, der Grenznutzen der Geldeinheit auf den λten Teil der früheren Größe sinken muß. Das soll bedeuten, daß die Funktion $\varphi(r, P)$ zufolge ihrer Definition die Funktionalgleichung

$$\lambda \cdot \varphi(\lambda r, \lambda P) = \varphi(r, P) \tag{4}$$

befriedigen muß. Diese Gleichung können wir die **Proportionalitätsgleichung** nennen. Sie bleibt für λ richtig, gleichgültig, ob λ kleiner, gleich oder größer als die Einheit ist. Von dieser Gleichung können wir daher unmittelbar (3) ableiten. Wir haben nur einfach $\lambda = \frac{1}{P}$ zu setzen.

Ricci macht in seinem Aufsatz ebenfalls eine Annahme, die (3) entspricht. Er sagt (S. 233): „Ist k der Quotient der neuen und der alten Kaufkraft des Geldes ....., so transformiert sich die alte Kurve in die neue, indem die Ordinaten mit k und die entsprechenden Abszissen mit $\frac{1}{k}$ multipliziert werden."

Die Gleichung (4) kann auch auf einem anderen Weg abgeleitet werden, indem man einige Begriffe der statischen Theorie des Tausches benützt. Es seien also $x_1 \ldots\ldots x_n$ die Quantitäten, die ein Individuum in der Zeiteinheit verbraucht. Zufolge der statischen Theorie entsprechen jedem Konsumtionspunkt $(x_1 \ldots\ldots x_n)$ eine Reihe von n Größen $u_1 \ldots\ldots u_n$, welche die entsprechenden Grenznutzen der n Güter darstellen. Das bedeutet nichts anderes, als daß jeder von diesen Grenznutzen eine Funktion der n Quantitäten $x_1 \ldots\ldots x_n$ und von keinen anderen ist; insbesondere sind $u_1 \ldots\ldots u_n$ von den Gelddaten unabhängig. Wir bezeichnen dies, indem wir schreiben: $u_1 (x_1 \ldots\ldots x_n) \ldots\ldots u_n (x_1 \ldots\ldots x_n)$.

Nun nehmen wir als gegeben an: (1) ein Preissystem $p_1 \ldots\ldots p_n$, (2) den Gesamtverbrauch s, welchen das Individuum in der betrachteten Zeiteinheit haben wird. Dann ist der Gleichgewichtspunkt $(x_1 \ldots\ldots x_n)$ determiniert durch die n Gleichungen:

$$\frac{u_1 (x_1 \ldots\ldots x_n)}{p_1} = \ldots\ldots = \frac{u_n (x_1 \ldots\ldots x_n)}{p_n}. \tag{5}$$

$$p_1 x_1 + \ldots\ldots + p_n x_n = s. \tag{6}$$

Es kann, mit anderen Worten gesagt, jede Gleichgewichtsquantität $x_1 \ldots\ldots x_n$ als eine Funktion der $(n+1)$ Daten $p_1 \ldots\ldots p_n$ und s betrachtet werden. Die allgemeine Verhältniszahl (5) zwischen den Grenznutzen und den Preisen ist folglich auch eine Funktion von $p_1 \ldots\ldots p_n$ und s. Aber diese allgemeine Verhältniszahl ist doch nichts anderes als der Grenznutzen des Geldes. Vom Standpunkt der statischen Theorie des Tausches kann daher der Grenznutzen des Geldes als eine Funktion von $p_1 \ldots\ldots p_n$ und s betrachtet werden. Wir bezeichnen sie mit $\Psi (p_1 \ldots\ldots p_n, s)$ und diese Funktion ist gleich mit:

$$\Psi (p_1 \ldots\ldots p_n, s) = \frac{u_i (x_1 \ldots\ldots x_n)}{p_i}, \tag{7}$$

wobei i ein willkürliches von den Suffixen $1 \ldots\ldots n$ ist. Aus (7) geht klar hervor, daß Ψ von $p_1 \ldots\ldots p_n$ und s so abhängt, daß, wenn alle Preise und s mit λ multipliziert werden, Ψ auf den λ-ten Teil seiner früheren Größe verringert wird. Tatsächlich sehen wir aus den Gleichgewichtsgleichungen (5) und (6), daß die Stellung des Gleichgewichtspunktes $(x_1 \ldots\ldots x_n)$ durch die Multiplikation mit λ nicht berührt wird; folglich wird $u_i (x_1 \ldots\ldots x_n)$ in (7) ebenfalls nicht geändert. Aber p_i wird mit λ multipliziert, so daß das Ergebnis bei $\frac{u_i (x_1 \ldots\ldots x_n)}{p_i}$, d. h. bei Ψ eine Division durch λ ist. Wir können dies ausdrücken, indem wir sagen, daß die Funktion Ψ die Funktionalgleichung

$$\lambda \Psi (\lambda p_1 \ldots\ldots \lambda p_n, \lambda s) = \Psi (p_1 \ldots\ldots p_n, s) \tag{8}$$

befriedigen muß.

Wir können diese Gleichung dadurch modifizieren, indem wir den Begriff des Einkommens r einführen. Nehmen wir an, daß s eine gegebene

Funktion von $p_1 \ldots . p_n$ und r ist. Wenn wir in $\Psi\ (p_1 \ldots . p_n, s)$ den Ausdruck für s durch $p_1 \ldots . p_n$ und r einführen, erhalten wir eine Funktion $\Theta\ (p_1 \ldots . p_n, r)$, die ausdrückt, wie sich der Grenznutzen des Geldes als eine Funktion von $p_1 \ldots . p_n$ und r verändert; und diese Funktion ist mit Ψ durch die Gleichung

$$\Theta\ (p_1 \ldots . p_n, r) = \Psi\ (p_1 \ldots . p_n, s) \tag{9}$$

verbunden.

Wenn wir annehmen, daß die Art, wie s von $p_1 \ldots . p_n$ und r abhängt, derartig ist, daß s mit λ multipliziert wird, wenn $p_1 \ldots . p_n$ und r mit λ multipliziert werden, dann wird auch die Funktion Θ eine Proportionalitätsgleichung ähnlich der Gleichung (8) befriedigen, nämlich

$$\lambda \cdot \Theta\ (\lambda\, p_1 \ldots . \lambda\, p_n,\ \lambda\, r) = \Theta\ (p_1 \ldots . p_n, r). \tag{10}$$

Schließlich wollen wir der Einfachheit halber annehmen, daß das Ergebnis der einzelnen Preise $p_1 \ldots . p_n$ in Θ durch eine einzige Variable, nämlich den Preisindex P, repräsentiert werden kann, d. h. wir setzen

$$\Theta\ (p_1 \ldots . p_n, r) = \varphi\ (r, P). \tag{11}$$

Die so definierte Funktion φ ist nichts anderes als die Funktion, die durch (1) eingeführt wurde. Ferner sehen wir aus (10), daß sie notwendigerweise die Proportionalitätsgleichung (4) befriedigen muß, wenn P, ein Preisindex ist, der sich mit λ multipliziert, wenn alle einzelnen Preise mit λ multipliziert werden.

Dazu soll noch bemerkt werden, daß die hier entwickelte Argumentation nur zeigt, wie man, ausgehend von der statischen Theorie des Gleichgewichts, zu der Gleichung (4) kommen kann. Diese Theorie ist aber keineswegs für die Festsetzung von (4) notwendig. Wir können, wenn wir wollen, (4) auch direkt ableiten, z. B. auf die zu Beginn erwähnte Art.

Aus der Gleichung (3) oder der ihr äquivalenten (4) können wir einen interessanten Aufschluß über die Frage erhalten, mit der wir uns hier befassen, nämlich wie der Grenznutzen des Geldes auf eine Veränderung des Preisniveaus reagiert.

Es sei α die Flexibilität des Grenznutzens des Geldes; damit meinen wir das Verhältnis zwischen einer infinitesimalen prozentualen Veränderung des Grenznutzens und der entsprechenden prozentualen Veränderung des Nominaleinkommens (während das Preisniveau konstant bleibt und die Änderung des Grenznutzens positiv gerechnet wird), d. h. wir definieren

$$\alpha = -\frac{\partial\,\varphi\,(r, P)}{\partial\, r} \cdot \frac{r}{\varphi\,(r, P)}. \tag{12}$$

Angenähert ist diese Definition mit der folgenden gleichbedeutend: Es erhalte das Nominaleinkommen eine kleine Zunahme von $h\%$, während das Preisniveau konstant bleibt. Wenn dies eine Veränderung des Grenznutzens des Geldes von $k\%$ hervorruft, dann ist α definiert als das Verhältnis $\frac{k}{h}$.

Ähnlich sei β die entsprechende verhältnismäßige Veränderung des Grenznutzens des Geldes in bezug auf ein verändertes Preisniveau (während das Nominaleinkommen konstant bleibt), d. h. wir definieren

$$\varphi = \frac{\partial\,\varphi\,(r, P)}{\partial\, P} \cdot \frac{P}{\varphi\,(r, P)}. \tag{13}$$

Näherungsweise entspricht diese Definition der folgenden: Das Preisniveau erhalte eine kleine Veränderung von $h\%$, während das Nominaleinkommen konstant bleibt. Wenn dies einen Zuwachs des Grenznutzens von $k\%$ hervorruft, dann ist β als das Verhältnis $\frac{k}{h}$ definiert. In einem gewissen Sinne könnte β ebenfalls eine „Flexibilität" genannt werden. Aber um eine Verwirrung zu vermeiden, werden wir den Ausdruck Flexibilität doch nur in Verbindung mit α gebrauchen.

Indem wir die Proportionalitätsgleichung (4) in bezug auf λ differenzieren und dann $\lambda = 1$ setzen, erhalten wir die grundlegende Beziehung

$$\beta = \alpha - 1. \tag{14}$$

Diese Gleichung könnte natürlich auch von (3) abgeleitet werden. Aus (14) entnehmen wir folgendes: Eine kleine Zunahme des Preisniveaus (während das Nominaleinkommen konstant bleibt) wird den Grenznutzen des Geldes erhöhen, wenn wir uns in einem Einkommensintervall befinden, wo die Flexibilität größer als 1 ist, und sie wird den Grenznutzen des Geldes senken, wenn die Flexibilität kleiner als 1 ist.

Wir können dieses Ergebnis auf folgende Art anschaulich verifizieren: Wenn das Preisniveau von 1 auf P steigt, so hat dies zwei Wirkungen auf den Nutzen des Geldes:

1. Das in Frage stehende Individuum wird auf einen tieferen Punkt der realen Einkommensskala versetzt. Die Steigerung des Preisniveaus ist nämlich gleichbedeutend mit der Reduzierung des realen Einkommens auf den P-ten Teil seiner früheren Größe. Wenn wir diese Wirkung gesondert betrachten, so hat sie die Tendenz, den Geldnutzen zu erhöhen, nämlich von $g(r)$ auf $g\left(\frac{r}{P}\right)$.

2. Jede Geldeinheit kauft nur den P-ten Teil von früher. Betrachten wir diese Wirkung gesondert, so hat sie die Tendenz, den Geldnutzen zu senken, nämlich auf den P-ten Teil seiner früheren Größe. Die Formel (3) ist nur ein Ausdruck für die gemeinsame Wirkung der zwei oben erwähnten Tendenzen.

Es ist klar, daß die erste oder die zweite dieser beiden Tendenzen das Übergewicht haben wird, je nachdem, ob die Geldnutzenkurve so beschaffen ist, daß eine Verringerung des Einkommens (unter einem konstanten Preisniveau) auf den P-ten Teil seiner früheren Größe auf mehr oder weniger als das P-fache seiner früheren Größe erhöht, d. h. ob die Flexibilität der Geldnutzenkurve größer oder kleiner als 1 ist. Das ist eine von den Erkenntnissen, die in Formel (14) ausgedrückt sind. Ferner gibt uns (14) ein genaues Maß dafür, wie groß die Reaktion des Geldnutzens bei einer gegebenen Veränderung des Preisniveaus ist.

Fragen wir uns nun, was wir gegenwärtig über die Form der Geldnutzenkurve (unter einem konstanten Preisniveau) wissen. Wenn irgend etwas über diese Gestalt feststeht, so ist es das, daß die Flexibilität für kleine Einkommen größer als 1 ist. Wir müssen nur daran denken, daß die Ordinate der Geldnutzenkurve, wenn wir uns dem physischen Existenzminimum nähern, im Prinzip unendlich groß werden muß. Dies ist aber unmöglich ohne $\lim_{r \to a} \alpha(r) = \infty$, wobei a das Existenzminimum bei dem gegebenen

Preisniveau 1 ist und $a(r)$ die Flexibilität als eine Funktion des Einkommens, unter einem Preisniveau gleich 1, darstellt. Wir haben nämlich

$$\log g(R) = \log g(b) + \int_R^b \frac{a(r)}{r}\, dr, \tag{15}$$

wobei b ein größeres Einkommen als a ist. Falls $a(r)$ endlich bleibt, wenn $r \to a$, so muß das Integral auf der rechten Seite von (15) und folglich auch $g(R)$ endlich sein, wenn R sich a nähert.

Die Tatsache, daß die Flexibilität des Grenznutzens des Geldes für die kleinen Einkommen größer als 1 ist, wurde auch zahlenmäßig durch die oben erwähnte Pariser Studie verifiziert.

Eine andere Tatsache, welche ebenfalls von der Geldnutzenkurve in der Praxis feststeht, ist die, daß die Flexibilität sinkt, wenn das Einkommen von einer kleinen zu einer genügend großen Menge steigt (während das Preisniveau konstant bleibt). Dasselbe nehmen auch gewöhnlich sehr viele Theoretiker an. Auch dies wurde durch die Studie auf Grund des Pariser Materials verifiziert und auf eine noch viel schlüssigere Art durch die Studie über das amerikanische Material, welche bald veröffentlicht werden wird.

Wenn irgendein Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen der Geldnutzenkurve in der Hinsicht besteht, daß ein Teil durch eine Steigerung des Preisniveaus gehoben und ein anderer Teil gesenkt wird, so muß es also der erste Teil sein, der gehoben, und der folgende, der gesenkt wird.

Wenn Ricci zum entgegengesetzten Schluß gekommen ist, so ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, daß das zahlenmäßige Beispiel, das er benützt, zufällig derartig beschaffen ist, daß es eine steigende Flexibilität zeigt. Es stellt nämlich eine linear sinkende Grenznutzenkurve dar und solch eine Kurve hat eine Flexibilität, welche monoton bis auf unendlich steigt. Eine derartige Kurve kann vielleicht als eine Approximation für einzelne Güter genügen, aber es ist ganz außer Frage, daß sie für das „allgemeine Gut", welches das Geld ist, verwendet werden kann.

Es mag vielleicht richtig sein, daß die Flexibilität, nachdem sie von einer sehr großen Höhe für die Gruppe der kleinen Einkommen auf weniger als 1 für die der Bessergestellten gesunken ist, wieder auf mehr als 1 für die sehr reichen Klassen steigt. In diesem Fall würde eine allgemeine Preiserhöhung den ersten und letzten Teil der Geldnutzenkurve heben und den mittleren Teil senken. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens über den Grenznutzen kann man über diese Frage gar nichts Bestimmtes sagen, oder besser gesagt: Die Frage ist falsch gestellt, weil der Begriff des Grenznutzens des Geldes, welcher für die kleinen und ziemlich großen Einkommen einen bestimmten, im Konsum ausdrückbaren Sinn hat, ihn nicht mehr für die sehr hohen Einkommen besitzt. Ich hoffe, daß es mir bei einer künftigen Gelegenheit möglich sein wird, auf diese Frage zurückzukommen.

(Aus dem Englischen übersetzt von Gerhard Tintner, Wien.)